

## Pressegespräch zur Partizipation in der Stadtentwicklung am 23.2.2012

### „Bitte nicht stören!“

„Bielefeld 21 - Wir reden vorher!?“ - darüber haben wir vor einem Jahr (25.2.11) in der Raspi öffentlich debattiert. Die Resonanz war riesig. Inzwischen haben wir weitere Erfahrungen gemacht:

Bei einer Einmischung in einer wichtigen Frage für das Stadtbild wurden wir von der Verwaltung sofort hart kritisiert: „Warum gehen Sie gleich an die Öffentlichkeit?“ Und „Lassen Sie uns unsere Arbeit machen!“. Wir lesen das so: „Bitte nicht stören!“

### „Die Bürger mitnehmen“

Der OB hat zu einem zentralen Thema in den letzten zwei Wochen mehrfach erklärt: „Bis heute erlaubt mir (der Investor) nicht, über dieses Projekt zu sprechen.“ / „... haben die Investoren darauf bestanden, dass ihre Pläne geheim bleiben“. „Es stand daher nicht in der Verfügungsmacht der Stadt, die Konzepte in der Öffentlichkeit zu diskutieren.“ (9.2. und 14.2.12)

Die Bürger können zwar im Internet-Informationssystem des Rates Beschlussvorlagen nachlesen, aber nur zu den öffentlichen Beratungen; dort findet man dann Leerformeln wie: „Die Bezirksvertretung nimmt die Analyse zur Einfügung eines Einkaufszentrums Kenntnis“. Die Verwaltung wird beauftragt, ... die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Folgenutzung zu schaffen.“

Das heißt: Der *rechtzeitige* Austausch von Meinungen und zur differenzierten Beurteilung des Problems wird nicht als Grundlage der Stadtpolitik behandelt.

Der OB betont, „während die Konzeptvorstellung nichtöffentlich erfolgte, werden die weiteren Planungsschritte selbstverständlich in öffentlichen Veranstaltungen transparent erfolgen.“ Das trifft nicht das Problem, denn dann ist die Diskussion bereits entschieden, nichtöffentlich. Die Bitte um Selbst- und Mitbestimmung wird in obrigkeitstaatlicher Tradition gemeinhin als Störung empfunden. Jetzt geht es noch weiter: Nicht die „Obrigkeit“ entscheidet, sondern Investoren entscheiden über geheim oder öffentlich. Stadtentwicklung wird in den entscheidenden Phasen zur Privat- und Geheimsache (weit über Grundstücksangelegenheiten hinaus).

Und dann hat der OB noch gesagt, vor einem halben Jahr (23.7.11) : „Wir müssen die Bürger mitnehmen, sie nicht vor vollendete Tatsachen stellen“. „Mitnehmen“ ist zunächst mal eine paternalistische Geste, in einer aktiven Gesellschaft eher unpassend. Wer jemanden mitnehmen will, muss um Vertrauen werben um das gute und bessere Argument; der darf nicht zurückweisen und hinhalten.

### „Vertrauen ist das knappste, aber auch wichtigste Gut in der Politik!“ (Winfried Kretschmann)

„Da ist ein Fehler gemacht worden, Die Verantwortlichen haben zu lange im stillen Kämmerlein getagt“- das hat der OB bei der Grundschulentwicklung erkannt. Auch in anderen Fragen werden die Bürger heute besser beteiligt, z.B. bei der Grünflächenplanung am Wiesenbach. Aber in anderen Fragen um viel Geld wieder eher nicht. Bei der Gewerbefläche am Strothbachwald wurde Vertrauen aufgekündigt. Eine naturschutzwürdige Fläche im Besitz der Stadt muss nicht an eine Firma verkauft werden, zumal das über Jahre Konsens war. Wenn dieser Konsens aufgekündigt wird, ist es beim nächsten Mal umso schwerer, Einigkeit und Verlässlichkeit auf Gegenseitigkeit zu gewinnen.

## **„Dreh mich doch nach allen Seiten!“ und „Wer spricht?“**

Bei allen Problemen gibt es viele verschiedene Sichtweisen; diese sind zwar nicht allesamt und gleichzeitig zu befriedigen, aber sie sollen gehört und abgewogen werden. Die Sichtweisen enthalten Interessen und Machtpositionen, sie sind nicht automatisch auch ein gutes Argument für das Gemeinwohl. Deshalb muss immer auch gefragt werden: Wer spricht?

Wir drehen ein Problem deshalb nach allen Seiten: Wie lautet das Problem? In welchem Zeitrahmen denken wir? In welchem Maßstab, von privat bis global? Sind wir fähig zur Selbstreflexion? Wollen wir überhaupt kommunizieren? Welche Blinden Flecken könnte es geben?

Wir stellen fest: Kommunikation will gelernt sein. Unterschiedliche Perspektiven und Sichtweisen gehören zur freiheitlichen Demokratie; sie müssen erkannt und bewertet werden. Vernebeln oder Machtworte sind das Gegenteil.

## **Vom Ende her denken: Die Folgen der Folgen**

Wer in den Stadtkörper eingreift, muss mit Nebenwirkungen rechnen. Wer sich über eine Mall informieren will, sollte z.B. nicht nur ins CentrO fahren, sondern auch in die Innenstadt von Oberhausen. Und nicht nur einmal, sondern auch in fünf oder zehn Jahren. Dann werden unbeabsichtigte Nebenfolgen sichtbar und später auch noch die Folgen der Folgen.

Wer z.B. eine neue FH baut, hat danach viele Leerstände in der Stadt, auch wenn diese dem Land gehören. Er hat ein absehbares Folgeproblem zu lösen; am besten wird dieses bei einer Neuplanung gleich mit gedacht. So wie auch der Umzug der Stadtbibliothek unmittelbar in seinen Folgen beraten werden sollte. Aber dafür gibt es in der Regel keine Zuständigkeit und keinen Beschluss. Augen zu und durch? Oder den Zweiten Blick öffnen und danach auch gleich noch den Dritten! Szenariomethode.

## **Was nun tun?**

Wir kennen die Probleme einer direkten Demokratie und ihrer Legitimation. Partizipation hat oftmals einen Mittel- und Oberschichtsakzent. Sie ist abhängig von Informiertheit und erheblichem Sachverstand. Oftmals werden dahinter private oder politische Interessen verborgen. Die Akteure sind nicht repräsentativ und niemandem verantwortlich. Wenn überhaupt, kann sie aber am ehesten auf lokaler Ebene funktionieren, als rationaler Diskurs in einer freiheitlichen Demokratie (vgl. Rudolf Steinberg: Das Volk und die direkte Demokratie. FAZ 16.2.12)

Damit unsere Aktivitäten nicht weiterhin als Bittstellung bei den Parteien, als Störung bei der Verwaltung oder als „Politik der Straße“/ der Leserbrief etc. erscheinen, brauchen wir einen Ansprechpartner. Es muss jemand sein, der zuständigkeitshalber hilft, den Vorschlägen eine Form geben hilft, der dem OB direkt zuarbeitet. der die Parteien bei der Willensbildung informiert und nächste Schritte begleitet.

Wenn Bürger z.B. eine Unterschriftenaktion machen, möchten sie nicht beschimpft werden; sie werden aber dankbar sein, wenn sie im Rathaus weiter führende Informationen über ein Volksinitiativen/Volksbegehren/Volksentscheid bekommen.

Das kann ein Kümmerer im Stab des OB übernehmen. Es kann nicht schaden, es kann aber sehr viel nützen, der Klarheit und Wahrheit der Diskussion, dem Vertrauen in die Politik und Verwaltung, dem Gefühl der Gemeinsamkeit in der Polis.